

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Susanne Ferschl, Gökyak Akbulut, Matthias W. Birkwald, Ates Gürpinar, Pascal Meiser, Heidi Reichinnek, Dr. Petra Sitte, Jessica Tatti, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Befristete Beschäftigung in Deutschland

Befristungen sind nach Ansicht der Fragestellenden ein Problem, denn sie schwächen die Position der Beschäftigten und erschweren die betriebliche Interessenvertretung sowie die Lebens- und Familienplanung. Die Koalition der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP will den Sachgrund Haushaltsbefristung abschaffen, welche nur beim öffentlichen Dienst als Arbeitgeber möglich ist (Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, S. 70). Auch beim Bund als Arbeitgeber sollen die sachgrundlose Befristung Schritt für Schritt reduziert sowie die mit Sachgrund befristeten Arbeitsverträge beim selben Arbeitgeber, abgesehen von „eng begrenzten Ausnahmen“, auf sechs Jahre begrenzt werden. Das scheint sehr kurz gesprungen.

Um jedoch Auskunft über das aktuelle Ausmaß des Befristungsproblems zu erhalten, wird die Bundesregierung nach ihren Kenntnissen über aktuelle Daten zu befristeter Beschäftigung befragt. Wenn sowohl Daten nach dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes als auch des Institutes für Arbeitsmarktforschung der Bundesagentur für Arbeit vorliegen, bitten die Fragesteller darum, bei allen Antworten Werte aus beiden Datenquellen anzugeben.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele befristet Beschäftigte gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in Deutschland, und wie hat sich dieser Wert in den vergangenen zehn Jahren jeweils entwickelt (bitte die aktuellsten verfügbaren Daten ausweisen und jährlich für das Bundesgebiet und für jedes Bundesland die Daten einzeln darstellen sowie für jedes Jahr sowohl die absoluten Zahlen als auch den Anteil an allen Beschäftigten ausweisen und unterscheiden nach Privatwirtschaft, drittem Sektor und öffentlicher Hand; bitte jeweils nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit differenzieren)?
2. Bei wie vielen der befristeten Arbeitsverträge erfolgt nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit eine Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, und wie hat sich dieser Wert in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte die aktuellsten verfügbaren Daten ausweisen und jährlich für das Bundesgebiet und für jedes Bundesland die Daten einzeln darstellen; bitte jeweils nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit sowie nach Privatwirtschaft, drittem Sektor und öffentlicher Hand differenzieren)?

3. Wie viele der befristeten Arbeitsverträge werden nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit nach dem Auslaufen durch einen weiteren befristeten Arbeitsvertrag verlängert, und wie hat sich dieser Wert in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte die aktuellsten verfügbaren Daten ausweisen und für das Bundesgebiet und für jedes Bundesland die jeweiligen jährlichen Daten einzeln darstellen; wenn möglich, bitte jeweils nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit sowie nach Privatwirtschaft, drittem Sektor und öffentlicher Hand differenzieren)?
4. Wie viele der befristeten Arbeitsverhältnisse werden nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit nach Auslaufen der Befristung beendet, und wie hat sich dieser Wert in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte die aktuellsten verfügbaren Daten ausweisen und für das Bundesgebiet und für jedes Bundesland die jährlichen Daten einzeln darstellen; wenn möglich, bitte nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit sowie nach Privatwirtschaft, drittem Sektor und öffentlicher Hand differenzieren)?
5. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Zahl der sachgrundlos befristeten Arbeitsverträge und den Anteil von sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen an allen befristeten Arbeitsverträgen vor, und wie haben sich diese Werte in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte die aktuellsten verfügbaren Daten ausweisen und für das Bundesgebiet und für jedes Bundesland die jährlichen Daten einzeln darstellen; wenn es nicht für jedes Jahr diesbezügliche Daten gibt, bitte die vorhandenen ausweisen; wenn möglich, bitte nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit sowie nach Privatwirtschaft, drittem Sektor und öffentlicher Hand unterscheiden)?
6. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Laufzeiten von befristeten Arbeitsverträgen vor, und wie haben sich diese Zeiten in den vergangenen zehn Jahren verändert (wenn möglich, bitte die Laufzeiten nach Intervallen differenzieren und Zahl und Anteil der jeweiligen Verträge nennen; bitte nach Geschlecht, Alter, Bundesländern und Staatsangehörigkeit sowie nach Privatwirtschaft, drittem Sektor und öffentlicher Hand differenzieren)?
7. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über sogenannte Kettenbefristungen vor (wenn möglich, bitte sowohl differenzierte Angaben machen über die Zahl aufeinanderfolgender Verträge, und wie viele Beschäftigte jeweils betroffen sind, als auch über die Gesamtdauer mehrfach aufeinanderfolgender Verträge, und wie viele Beschäftigte hiervon jeweils betroffen sind; bitte zusätzlich nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Bundesländern sowie nach Privatwirtschaft, drittem Sektor und öffentlicher Hand differenzieren)?
8. Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über die sachlichen Gründe für die Befristungen von Arbeitsverträgen vor (bitte angeben, welcher Sachgrund in welcher Häufigkeit Verwendung findet; bitte zusätzlich nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Bundesländern sowie nach Privatwirtschaft, drittem Sektor und öffentlicher Hand differenzieren)?
9. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, warum Beschäftigte einen befristeten Arbeitsvertrag abschließen (bitte nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Bundesländern sowie nach Privatwirtschaft, drittem Sektor und öffentlicher Hand differenzieren, ob der Abschluss eines befristeten Arbeitsvertrages erfolgt, weil die Beschäftigten kein unbefristetes Arbeitsverhältnis gefunden haben oder ob die Befristung gewünscht ist)?

10. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den Anteil von Niedriglöhnen bei befristet Beschäftigten im Vergleich zur Gesamtwirtschaft in Deutschland vor (bitte nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Bundesländern sowie nach Privatwirtschaft, drittem Sektor und öffentlicher Hand differenzieren und für die letzten zehn Jahre ausweisen)?
11. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über das Arbeitslosigkeitsrisiko von befristet Beschäftigten im Vergleich zu unbefristet Beschäftigten vor (bitte nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Bundesländern sowie nach Privatwirtschaft, drittem Sektor und öffentlicher Hand differenzieren)?
12. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Karriere- und Aufstiegschancen von befristet Beschäftigten im Vergleich zu unbefristet Beschäftigten vor (bitte nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit sowie nach Privatwirtschaft, drittem Sektor und öffentlicher Hand differenzieren)?
13. Welche sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland und in den einzelnen Bundesländern derzeit die zehn Berufsgruppen mit den höchsten Anteilen von befristeten Arbeitsverträgen (falls möglich, bitte nach Geschlecht differenzieren)?
Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung in diesen zehn Berufsgruppen die Übernahmequote in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis?
14. Welche sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland und in den einzelnen Bundesländern derzeit die zehn Wirtschaftszweige mit den höchsten Anteilen von befristeten Arbeitsverträgen (falls möglich, bitte nach Geschlecht differenzieren)?
Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung in diesen zehn Wirtschaftszweigen die Übernahmequote in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis?
15. Welche Auswirkungen haben nach Kenntnis der Bundesregierung Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund bzw. Staatsangehörigkeit und Qualifikation auf Befristungsquoten?
Wie stellen sich derzeit die Befristungsquoten differenziert nach diesen Merkmalen dar?
16. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit jeweils der Anteil von Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen an allen Beschäftigten in den verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (falls möglich, bitte nach Geschlecht und Alter differenzieren)?

Berlin, den 16. Mai 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

